

**Hannoversche Erklärung**

**Maßnahmenpaket für  
eine Nationale Energiestrategie**

EE  INDUSTRIE



## Hannoversche Erklärung

Die Transformation der Energieversorgung ist eine historische Aufgabe. Die Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg oder der Wiedervereinigung gleichzusetzen. Niedersachsen als wichtigstes Bundesland im Bereich der Erneuerbaren Energien nimmt hier eine herausragende Rolle ein. Zusätzlich wird gemeinsam mit dem Land Bremen die wichtigste deutsche Hafeninfrastruktur gestellt, die auch im internationalen Kontext eine besondere Rolle einnimmt.

Um diese Herausforderung zu meistern, erwarten wir von den Spitzen der demokratischen Parteien, dass eine Nationale Energiestrategie für den Wirtschaftsstandort Deutschland erarbeitet wird. Diese Nationale Energiestrategie muss im Zuge der Transformation des Energiesystems Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gewährleisten.

Nationale Energiestrategie bedeutet, über Wahlperioden hinaus langfristig die notwendigen Meilensteine zu definieren und mit einem Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland zu verknüpfen. Wirtschaftliche Zukunftsinvestitionen werden angereizt, um die Transformation des Energiesystems sozialverträglich mit einer erheblichen Wertschöpfungssteigerung gerade für die ländlichen Räume umzusetzen. Günstige Energiepreise werden die Industriestandorte in den Regionen erhalten und ermöglichen.

Teil dieser Energiestrategie muss ein konkreter und langfristig festgelegter Maßnahmenplan sein, der sich an der Erreichung der festgelegten Klimaziele orientiert. Die einzelnen Meilensteine müssen mit einem realistischen Zeitplan und ebensolchen Zielen versehen werden, die regelmäßig zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen sind. Dies setzt langfristig angelegte Strategien zur Finanzierung und zur Ausrichtung des Arbeitsmarktes voraus.

Die Finanzierung muss über einen effizienten Investitionsrahmen sichergestellt werden. So kann ein durch staatliche Garantien flankierter Energiewendefonds für Energiewende-Projekte durch die Bereitstellung von Eigenkapital oder eigenkapitalähnlichen Mitteln zusätzliche private Investitionen auslösen, ohne den Eigentümerkreis dauerhaft zu verändern. Die Ausstattung des Klimatransformationsfond (KTF) muss zusätzlich langfristige Planungssicherheit gewährleisten. Strukturreformen im Steuerrecht können die Aktivierung von privaten Investitionen unterstützen.

Darüber hinaus sollte die Arbeitsmarktpolitik im Zuge einer Fachkräfteinitiative die Ausbildung und Umschulung sowie qualifizierte und bedarfsorientierte Zuwanderung anreizen.

Der Mehrwert der Transformation des Energiesystems für Wirtschaft und Bevölkerung muss spürbar werden und (finanziell) ankommen. Die Energiekosten müssen sinken, die Wertschöpfung in den Regionen erkennbar sein und die Wirtschaftskraft insgesamt steigen. Schon bei den Lieferketten müssen regionale Wertschöpfungsketten berücksichtigt werden, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als Zulieferer für große Unternehmen zu etablieren.

Die Vorgaben auf allen rechtssetzenden Ebenen zur Transformation zur CO<sub>2</sub>-freien Gesellschaft und aller dafür notwendigen Maßnahmen sowie zum Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen auf der Ebene der Planungsträger und Genehmigungsbehörden rechtsfest und zeitgerecht umgesetzt werden. Vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Fachkräftemangels ist es daher zwingend erforderlich, notwendige Arbeitsprozesse den ständig veränderten Vorgaben anzupassen, diese soweit möglich zu digitalisieren, Künstliche Intelligenz einzusetzen und Systeme zum Wissensmanagement und zur Weiterbildung zu implementieren.

Entscheidungsprozesse müssen durch zukunftsste, wertschätzende, motivierende Arbeitskulturen und schlanke Hierarchien optimiert und beschleunigt werden. Schnelle Entscheidungsprozesse sind naturgemäß auch fehlerbehaftet. Notwendig ist daher eine neue Fehlerkultur, wo Fehler in einem lernenden System mit Augenmaß ausgeglichen werden.

Diese grundsätzliche Einschätzung vorausgeschickt empfehlen wir der Landesregierung sich für die Umsetzung folgender konkreter Maßnahmen einer Nationalen Energiestrategie einzusetzen:

1. Das zukünftige Strommarktdesign wird flexibler als bisher sein. Flexibilitäten müssen in der Wirtschaft angereizt werden, dürfen aber nicht zu einer Belastung des Produktionsstandortes Deutschland werden.
2. Erneuerbare Energien müssen mit Blick auf die Infrastruktur systemisch und flexibel gedacht werden. So muss die Ausweisung von Wind- und Solarflächen versorgungsorientiert gemeinsam mit Netzanschlüssen und Abnahmestrukturen geplant und durch steuerbare Energien wie Biomasse, Geothermie sowie Wasserkraft unterstützt und systemdienlich integriert werden. Grundsätzlich sollten allen, auch den bereits bestehenden Erneuerbare Energien-Anlagen Anreize für eine flexible und systemdienliche Fahrweise ermöglicht werden. Kraft-Wärme-Kopplung wird in einem transformierten Energiesystem von großem systemischem Nutzen sein. Entsprechende gesetzliche Grundlagen, die auch den Netzausbau anreizen, müssen geschaffen werden.

3. Deutschland wird trotz groß angelegtem Stromnetzausbaus neben Strom weiterhin auch (grüne) Gase benötigen; Elektronen und Moleküle sowie deren Infrastruktur müssen zusammengedacht werden und sich ergänzen. Die Auslastung des Stromnetzes muss durch intelligente Steuerung weiter optimiert werden. Das Stromnetz muss mit Speichertechnologien (Batterie, Elektrolyse) und mit dem Gasnetz verbunden werden. Gleichzeitig stellt die Gasinfrastruktur die größte Option zur Speicherung und Verteilung von Energie in Deutschland dar, mit großem Potenzial zur Weiterentwicklung. Dabei ist klar, dass nicht nur ein Wasserstoffkernnetz notwendig ist, sondern auch eine Umwidmung von Gasverteilnetzen in Wasserstoffverteilnetze unabdingbar ist, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, aber auch der mittelständischen Betriebe zu erhalten.
4. Die geplante Leistungssteigerung im Offshore Windausbau, bedarf eines weiteren Ausbaus der Hafeninfrastuktur in Niedersachsen und Bremen, der zügig genehmigt und vom Bund finanziell flankiert werden muss. Zusätzlich muss die Wasserstoffherstellung- und Lagerung auf See bei gleichzeitiger Lieferung von Strom ermöglicht werden.
5. Die Zielerreichung und die Bezahlbarkeit der Transformation wird durch den Fachkräftemangel bedroht. Deshalb muss dem Fachkräftemangel intensiv entgegengewirkt werden.
6. Eine Nationale Energiestrategie muss folgende miteinander verzahnte Maßnahmen bearbeiten:
  - Integrierter Energieinfrastrukturausbau: Strom-, Gas-, Wasserstoffkern- und Wasserstoffverteilnetz
  - Kraftwerksstrategie
  - Speicherstrategie
  - Wärmeplanung
  - Lade- und Tankinfrastruktur für klimafreundliche Antriebssysteme
  - CCS und CCU
  - Nationale Energiereserve

Die unterzeichnenden Verbände und ihre Mitglieder stehen mit der Fachkompetenz ihrer Mitglieder für eine konstruktive Mitwirkung zur Verfügung.

Hannover, 21.11.2024

## **Statements der Unterzeichner:**

### **BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. Landesgruppe Norddeutschland**

Statement Dr. Torsten Birkholz, Geschäftsführer der BDEW-Landesgruppe Norddeutschland: „Betreiber von Erneuerbarer Energien-Anlagen und Netzbetreiber setzen sich gemeinsam für systemische Energieversorgungs-lösungen ein und gehen hier mit viel Innovationskraft und Motivation voran, um unser Land klimaneutral zu machen und gleichzeitig Versorgungssicherheit sowie bezahlbare Energiepreise im Blick zu behalten. Das muss durch pragmatische und schnelle politische Entscheidungen und Verwaltungsprozesse flankiert werden, die Anreize für Investitionen und langfristige Planungssicherheit schaffen.“

### **Initiative EE Industrie**

Prof. Dr. Kai Gent, Rechtsanwalt, RITTER GENT COLLEGEN: „Industrie und EE-Branche sind bereit, die Energiewende gemeinsam voranzubringen. Sie brauchen aber verlässliche Rahmenbedingungen!“

### **Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen-Bremen**

Bärbel Heidebroek, Vorsitzende des LEE Niedersachsen/Bremen: „Megathema ist die Systemintegration der Erneuerbaren Energien, dabei müssen wir neben Strom auch Wärme und energieintensive industrielle Prozesse betrachten. Flexibilitäten auf der Erzeuger- und Verbraucherseite werden das Energiesystem bestimmen und Grundlage der Förderpolitik sein. Regulatorische Hürden von Direktversorgungen der Wirtschaft müssen abgebaut werden.“

### **Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN)**

Benedikt Hüppe, Hauptgeschäftsführer Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN): "Wir wollen die Transformation gemeinsam voranbringen und gleichzeitig den Industriestandort Deutschland beziehungsweise Niedersachsen stärken. Unternehmen und Industrie benötigen dafür eine verlässliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen langfristige Planungssicherheit und absolute Technologieoffenheit."

### **VEA - Bundesverband der Energie-Abnehmer e.V.**

Christian Otto, Geschäftsführer VEA - Bundesverband der Energie-Abnehmer e.V.: „Wir unterstützen die Unternehmen aktiv auf Ihrem Weg in die Klimaneutralität. Von der Politik brauchen wir dafür eine glaubhafte Strategie, die dem energieintensiven Mittelstand eine Perspektive bietet, die langfristig auch hält, was sie verspricht!“

### **VKU Verband kommunaler Unternehmen e.V., Landesgruppe Niedersachsen/ Bremen**

Frank Wiegelmann, Landesvorsitzender, Stadtwerke Göttingen AG: „Die Kommunalen Unternehmen stehen aktuell vor der Herausforderung, einen dynamischen Prozess der Neuausrichtung mit unserem öffentlichen Versorgungsauftrag und wirtschaftlichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Um diese Herausforderung zu meistern, braucht es statt einzelner Fachdiskussionen endlich eine Gesamtstrategie für die Energieversorgung der nächsten Jahrzehnte.“

### **WAB e.V.**

Markus Nölke, Geschäftsführer WAB e.V.: „Niedersachsen und Bremen bieten eine breit aufgestellte und leistungsfähige Hafenlandschaft, die viel stärker am Ausbau partizipieren kann und ein guter Platz für lokale Wertschöpfung ist. Der Bund hat in der Nationalen Hafenstrategie das Ziel benannt, Häfen zu nachhaltigen Knotenpunkten für die Energiewende zu entwickeln. Daher muss der Bund die Länder Niedersachsen und Bremen, bei der Ertüchtigung der Häfen für genau dieses Ziel, deutlich stärker finanziell unterstützen. Dies gilt nicht nur für die Häfen, sondern auch für die Verkehrsinfrastruktur allgemein, insbesondere die Brücken.“